

LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

OLAF WIENTZEK

Juli 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

Die neue Führung des Europäischen Parlaments

Fünf Wochen nach der Wahl hat das Europäische Parlament die wichtigsten Entscheidungen für seine interne Organisation getroffen. Dabei standen die Wahl des Parlamentspräsidenten, der 14 Vizepräsidenten und der fünf Quästoren an. Zudem wurde die Zusammensetzung der Ausschüsse festgelegt und ihre Vorsitzenden gewählt.

Da nur Mitglieder aus einer Fraktion diese Positionen bekleiden können, hatte sich die anfangs hohe Zahl der fraktionslosen Abgeordneten (122) bis zum 14. Juli auf 26 reduziert. Unter anderem geschah dies durch die Bildung zweier neuer euroskeptischer Gruppierungen: der von den britischen Tories gegründeten ECR (European Conservatives and Reformists) sowie der EFD (Europa der Freiheit und der Demokratie). Die unterschiedlichen Ämter mussten somit zwischen den sieben Fraktionen verteilt werden.

Keine Überraschung gab es bei der Wahl des Präsidenten zum Europaparlament: Der Kandidat der EVP, Jerzy Buzek, erreichte in geheimer Wahl mit 550 Stimmen eine breite Mehrheit über die Partiegrenzen hinweg. Neben seiner eigenen Partei wurde er von der Mehrheit der Sozialdemokraten (PASD /mit Ausnahme der französischen Sozialisten), der liberalen ALDE und aus den Reihen der Grünen unterstützt. Seine einzige Herausforderin, die Kandidatin der linken EUL/NGL-Gruppe, Eva-Britt Svensson konnte lediglich 89 Stimmen auf sich vereinigen. Buzek ist seit 2004 Europaabgeordneter und war von 1997-2001 polnischer Premierminister (Kurzvita im Anhang).

Im nächsten Schritt wurden die vierzehn Vizepräsidenten gewählt. Sie bilden gemeinsam mit dem Präsidenten das Präsidium, das Lenkungsorgan des Europaparlaments. Es ist sowohl für die Aufstellung des Haushaltvoranschlags als auch für alle Verwaltungs- und Personalfragen des EP zuständig. Darüber hinaus ernennt es den Generalsekretär. Fünfzehn Kandidaten standen zur Wahl.

Direkt im ersten Wahlgang wurden mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen Gianni Pitella (PASD), Rodi Katsaropoulou (EVP) und Stavros Lambrinidis (PASD) gewählt.

Im dritten Wahlgang, in dem eine einfache Mehrheit genügte, konnten sich Miguel Angel Martinez Martinez, Dagmar Roth-Behrendt, Libor Roucek (alle PASD), Alejo Vidal-Quadras, Roberta Angelilli, Rainer Wieland, Pal Schmitt (alle EVP), Dianna Wallis, Silvana Koch-Mehrin (ALDE), die Grüne Isabelle Durant und der Brite Edward McMillan-Scott einen Sitz im Präsidium sichern.

McMillan Scott war mit Hilfe einer von 40 Abgeordneten unterstützten individuellen Kandidatur gegen den Vorschlag seiner eigenen ECR-Fraktion, den polnischen PiS-Abgeordneten Michal Tomasz Kaminski, angetreten. Dieser landete im dritten Wahlgang knapp hinter der Deutschen Koch-Mehrin und schied damit aus. Letztere hatte sich durch ihre Kollegenschelte, aber auch aufgrund ihrer geringen Präsenz im Parlament in der vorangegangenen Legislaturperiode den Unmut zahlreicher Abgeordneten zugezogen. In den ersten Wahlgängen lag sie mehr als 30 Stimmen hinter Kaminski.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

OLAF WIENTZEK

Juli 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

Letztlich beließ man es aber bei einem Denkzettel: in der letzten Runde erhielt sie schließlich 12 Stimmen mehr als der polnische Konkurrent.

Schwerwiegende Folgen hatte der Bruch der Fraktionsdisziplin für McMillan-Scott selbst und die britischen Konservativen: Der Renegade McMillan-Scott wurde in einer nächtlichen Sitzung aus der Fraktion ausgeschlossen. Dadurch verringerte sich die Fraktionsstärke um einen Sitz, was gleich bedeutend mit dem Verlust des Anspruchs auf einen (Unter-) Ausschussvorsitz war. Zudem überließ der für diese Funktion ursprünglich vorgesehene Timothy Kirkhope dem unterlegenen Kaminski den Fraktionsvorsitz, um die aufgebrachte polnische Gruppe in der ECR zu besänftigen. Angeichts dieses holprigen Starts haben sich die langfristigen Überlebenschancen für die ECR-Gruppe sicherlich nicht verbessert.

Mehr Kandidaten als Posten gab es auch bei der Wahl der fünf Quästoren. Diese nehmen Finanz- und Verwaltungsaufgaben war, welche die Abgeordneten direkt betreffen. Zudem sind die Quästoren auch Mitglieder des Präsidiums, wenn auch nur mit beratender Stimme. Direkt im ersten Wahlgang wurden die polnische Sozialistin Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (398) sowie Joe Higgins (352, EVP) gewählt. Dieser starke Rückhalt für den Iren Higgins bei der Wahl ist wohl als Signal der Abgeordneten für die Abstimmung über den Lissabon-Vertrag in Irland am 2. Oktober zu verstehen. Auf die Verteilung der übrigen drei Plätze mussten die Kandidaten bis zum dritten Wahlgang warten, bei der die einfache Mehrheit der Stimmen reichte: Letztlich wurde die luxemburgische EVP-Abgeordnete Astrid Lulling in das Amt wiedergewählt und auch der tschechische Abgeordnete Jiri Mastalka (EUL / NGL) und Bill Newton Dunn (ALDE) wurden gewählt. Mit 22 Stimmen Rückstand auf Newton Dunn verpasste die niederländische EVP-Abgeordnete Ria Oomen-Ruijten den Sprung. Auch sie hatte eine Kandidatur ohne offizielle Nominierung durch ihre Fraktion (EVP) durchgesetzt. Der britische ECR-Abgeordnete Jack Nicholson verpasste seine Wiederwahl. In der letzten Legislaturperiode hatte er noch als EVP-Mitglied erfolgreich

für das Amt kandidiert. Der italienische EFD-Kandidat Speroni wurde ebenfalls nicht gewählt.

Im dritten Schritt ging es um die Verteilung und Zusammensetzung der Parlamentsausschüsse sowie die Wahl der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter. Wie in der 6. Wahlperiode bleibt die Zahl der Ausschüsse im neuen Europaparlament konstant bei 20. Hinzu kommen die beiden in der letzten Legislaturperiode eingesetzten Unterausschüsse des Auswärtigen Ausschusses. Angesichts der Finanzkrise hat das Parlament zusätzlich einen nicht-ständigen Ausschuss beschlossen, der die Krise, ihre Ursachen und Konsequenzen analysieren sowie Vorschläge für eine koordinierte europäische Strategie zu deren Bewältigung vorlegen soll. Insgesamt kommt das Parlament dabei auf 23 Ausschüsse. Auch die Zuständigkeiten haben sich bis auf eine Änderung im Vergleich zu 2004 nicht geändert. Die Verteilung der Vorsitze zwischen den Fraktionen erfolgt nach dem d'Hondt -Verfahren und richtet sich nach der Anzahl der Sitze im EP. Das d'Hondt -Verfahren bevorzugt tendenziell größere Fraktionen. Innerhalb der Fraktionen werden die Ausschussvorsitze je nach Stärke zwischen den einzelnen nationalen Delegationen verteilt. Somit stellt die EVP neun Ausschussvorsitzende, die sozialdemokratische PASD sechs, die liberale ALDE drei (den nicht-ständigen Ausschuss mit eingerechnet), die Grünen zwei, die ECR, die EUL/NGL und die EFD je einen.

Die Ausschüsse sind in ihrer Größe und ihrer Bedeutung verschieden. So gibt es Ausschüsse, die ein besonderes politisches Prestige haben, wie der Auswärtige Ausschuss und der Konstitutionelle Ausschuss. Andere sind aufgrund ihrer umfassenden Gesetzgebungskompetenz von großer Bedeutung, wie der Industrie-, der Binnenmarkt- oder der Rechtsausschuss. Eine Besonderheit stellen die vier so genannten neutralisierten Ausschüsse (Fischerei, Haushaltskontrolle, Frauen- und Gleichstellungsausschuss, Petitionsausschuss) dar, in denen ein Abgeordneter Vollmitglied sein kann ohne seine Chancen auf die Mitgliedschaft in einem anderen Komitee aufs Spiel zu setzen. Gleichwohl gibt es Bemühungen, diese

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN
OLAF WIENTZEK

Juli 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

Ausschüsse zu de-neutralisieren, sie also entweder zu „vollwertigen“ Ausschüssen umzugestalten, oder aber zu horizontalen Ausschüssen zu reduzieren. Weitere Reformen könnten während der Legislaturperiode auch bei der Anzahl und dem Zuständigkeitsbereich der Ausschüsse anstehen.

Der Zugriff auf den Vorsitz der Ausschüsse wird von den Fraktionsvorsitzenden nach Absprache mit den nationalen Delegationsleitern ausgehandelt. Die EVP hat sich neben dem prestigeträchtigen Auswärtigen Ausschuss (Vorsitz Gabriele Albertini, Italien) und dem Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (Arnaud Danjean, Frankreich) für den mächtigen Industriaausschuss (Herbert Reul, Deutschland), den Rechtsausschuss (Klaus Heiner Lehne, Deutschland) und den Ausschuss für konstitutionelle Fragen (Carlo Casini, Italien) entschieden. Durch den Vorsitz im Haushaltsausschuss (Alain Lamassoure, Frankreich) und Regionalausschuss (Danuta Hübner, Polen) sichert sie sich auch besseren Zugang über die Verwendung der Mittel der EU. Weitere Ausschüsse in EVP-Hand sind der Kulturausschuss (Doris Pack, Deutschland) sowie der Fischereiausschuss (Carmen Fraga, Spanien).

Die Präferenz der Sozialisten lag im Bereich Soziales (Pervenche Berès, Frankreich), Umwelt (Jo Leinen, Deutschland), Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (Fernando Lopez Aguilar, Spanien), Verkehr (Brian Simpson), Landwirtschaft (Paolo de Castro, Italien), und Handel (Vital Moreira, Portugal).

Die Liberalen konnten sich den Ausschuss für Wirtschaft und Währung sichern, mit der umstrittenen Britin Sharon Bowles an der Spitze, den Haushaltskontrollausschuss sowie den temporären Ausschuss zur Finanzkrise, dem der Deutsche Wolf Klinz vorsitzen soll.

Der wichtige Binnenmarktausschuss ging an die ECR unter dem britischen Konservativen Malcom Harbour. Die Grünen „ergriffen“ den Entwicklungsausschuss und werden voraussichtlich auch den Menschenrechtsausschuss für sich gewinnen. Während die Europäische Linke mit der unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Eva-Britt Svensson den Gleichstellungsausschuss erhielt, wurde der Petitionsausschuss den euroskeptischen Hardlinern von der EFD gewährt.

Neben den Vorsitzenden und ihren Stellvertretern sind die entscheidenden Akteure in den Ausschüssen die jeweiligen Koordinatoren der Fraktion. Die sieben deutschen Koordinatoren sind Elmar Brok (CDU, Außen), Daniel Caspary (CDU, Handel), Albert Dess (CSU, Landwirtschaft), Michael Gahler (CDU, Sicherheit und Verteidigung), Ingeborg Gräßle (CDU, Haushaltskontrolle), Peter Liese (CDU, Gesundheit) sowie Andreas Schwab (CDU, Binnenmarkt).

Schließlich gehört die Leitung von hochrangigen Delegationen zu den begehrten Ämtern im Parlament. Der frühere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Elmar Brok soll Leiter der US-Delegation werden, Werner Langen wird die ASEAN-Delegation führen. Die ehemalige Vorsitzende des ITRE-Ausschusses, Angelika Niebler übernimmt die Delegation zu den Golfstaaten. Die Korea-Delegation soll künftig Christian Ehler leiten und Michael Gahler, ist vorgesehen, den Vorsitz der Delegation für die Beziehungen zum panafrikanischen Parlament zu übernehmen.

ANHANG

EUROPABÜRO BRÜSSEL
 DR. PETER R. WEILEMANN
 OLAF WIENTZEK
 Juli 2009

I) Vorsitzende, Stellvertretende Vorsitzende, EVP-Koordinatoren sowie deutsche Ausschussmitglieder

www.kas.de
www.eukas.eu

Stand: 23. Juli 2009

Bezeichnung des Ausschusses (Anzahl MdEP)	Vorsitzende/r	Stellvertretende Vorsitzende	Koordinator EVP	deutsche Mitglieder // Stellvertreter**
Auswärtiger Ausschuss (76)	Gabriele Albertini (EVP)	Fiorello Provera (EFD), Ioan Mircea Pascu (PASD), Dominique Baudis (EVP), Jean-Luc Mélenchon (EUL/NGL)	Elmar Brok (CDU) / José Salafranca Sanchez-Neyra (PP)	Elmar Brok, Michael Gahler, Hans-Gert Pöttering (alle CDU), Bernd Posselt (CSU) // Reimer Böge, Christian Ehler, Elisabeth Jeggle, Peter Liese, Doris Pack (CDU)
Sicherheit und Verteidigung (30)	Arnaud Danjean (EVP)	Kyriakos Mavronikolas (PASD), Norica Nicolai (ALDE), Justas Vincas Paleckis (PASD), Krzysztof Lisek (EVP)	Michael Gahler (CDU)	Christian Ehler, Michael Gahler (CDU) // Elmar Brok, Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU)
Menschenrechte (30)	Heidi Hautala (Grüne /EFA)	Andrzej Grzyb (EVP), Laima Liucija Andrikienė (EVP), Metin Kazak (ALDE), vierte Stellv. Vors. noch offen	László Tökés (UDMR), Inese Vaideire (PS)	Elisabeth Jeggle (CDU) // Manfred Weber (CSU)
Entwicklung (30)	Eva Joly (Grüne / EFA)	Michèle Striffler (EVP), Nirj Deva (ECR), Iva Zanicchi (EVP), Corina Crețu (PASD)	Gay Mitchell (FG), Filip Kaczmarek (PO)	Birgit Schnieber-Jastram (CDU) // Martin Kastler (CSU), Horst Schnellhardt (CDU)
Internationaler Handel (29)	Vital Moreira (PASD)	Cristiana Muscardini (EPP), Robert Sturdy (ECR), Paweł Zalewski (EVP), Yannick Jadot (Grüne/EFA)	Daniel Caspary (CDU)	Daniel Caspary, Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU) // Albert Dass (CSU)
Haushalt (44)	Alain Lamassoure (EVP)	Jutta Haug (PASD), Alexander Alvaro (ALDE), Jean-Luc Dehaene (EVP), Ivaylo Kalfin (PASD)	Salvador Ganiga Poledo (PP), László Surjan (Fidesz)	Reimer Böge, Ingeborg Gräßle (CDU); Monika Hohlmeier (CSU) // Peter Jahr, Axel Voss (CDU)
Haushaltskontrolle (29)	Luigi de Magistris (ALDE)	Bart Staes (Grüne /EFA), Jean-Pierre Audy (EVP), Bogusław Liberadzki (PASD), Tamás Deutsch (EVP)	Ingeborg Gräßle (CDU)	Ingeborg Gräßle (CDU) // Monika Hohlmeier (CSU), Markus Pieper (CDU)
Wirtschaft und Währung (48)	Sharon Bowles (ALDE)	José-Manuel García Margallo (EVP), Arlene McCarthy (PASD), Theodor Stolojan (EVP), Edward Scicluna (PASD)	Jean-Paul Gauzès (UMP)	Burkhard Balz, Werner Langen (CDU), Markus Ferber (CSU) // Kurt Lechner, Andreas Schwab, Thomas Mann (CDU)
Beschäftigung, soziale Angelegenheiten (50)	Pervenche Berès (PASD)	Elisabeth Lynne (ALDE), Ilda Figueiredo (EUL/NGL), Elisabeth Schroedter (Grüne/EFA), Thomas Mann (EVP /CDU)	Csaba Öry (Fidesz)	Frank Engel, Thomas Mann (CDU), Martin Kastler (CSU) // Ingeborg Gräßle (CDU)
Umwelt, Volksgesundheit, Lebensmittelsicherheit (64)	Jo Leinen (PASD)	Corinne Lepage (ALDE), Carl Schlyter (Grüne /EFA), Bogusław Sonik (EVP), Daniel Jorgensen (PASD)	Peter Liese (CDU) / Richard Seeber (ÖVP)	Karl-Heinz Florenz, Christa Klaß, Peter Liese, Horst Schnellhardt (CDU), Anja Weisgerber (CSU) // Dieter-Lebrecht Koch, Birgit Schnieber-Jastram, Renate Sommer, Thomas Ulmer (CDU)
Industrie, Forschung, Energie (55)	Herbert Reul (EVP / CDU)	Patrizia Toia (PASD), Jens Rohde (ALDE), Anni Podimata (PASD), Evzen Tosenovsky (ECR)	Pilar del Castillo Vera (PP)	Christian Ehler, Herbert Reul (CDU), Angelika Niebler (CSU), Werner Langen, Daniel Caspary, Markus Pieper, Hermann Winkler (CDU)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

OLAF WIENTZEK

Juli 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

Binnenmarkt und Verbraucherschutz (39)	Malcolm Harbour (ECR)	Eija-Riitta Korhola (EVP), Bernadette Vergnaud (PASD), Lara Comi (EVP), Louis Grech (PASD)	Andreas Schwab (CDU)	Kurt Lechner, Hans-Peter Mayer, Andreas Schwab (CDU) // Karl-Heinz Florenz, Anja Weisgerber (CSU)
Verkehr und Fremdenverkehr (45)	Brian Simpson (PASD)	Dominique Riquet (EVP), Peter van Dalen (ECR), Silvia-Adriana Ticau (PASD), Dieter-Lebrecht Koch (EVP / CDU)	Mathieu Grosch (CSP)	Dieter-Lebrecht Koch, Werner Kuhn, Thomas Ulmer (CDU) // Markus Ferber (CSU), Burkhard Balz, Michael Gahler (CDU)
regionale Entwicklung (49)	Danuta Hübner (EVP)	Georgios Stavrakakis (PASD), Markus Pieper (EVP/CDU), Filiz Hakaeva Hyusmenova (ALDE), Michail Tremopoulos (Grüne / EFA)	Lambert van Nistelrooij (CDA)	Markus Pieper, Hermann Winkler, Joachim Zeller (CDU) // Sabine Verheyen, Hans-Peter Mayer (CDU), Manfred Weber (CSU)
Landwirtschaft (45)	Paolo de Castro (PASD)	Rares-Lucian Niculescu (EVP), José Bové (Grüne / EFA), Janusz Wojciechowski (ECR), Marit Paulsen (ALDE)	Albert Dess (CSU)	Albert Dess (CSU), Peter Jahr, Elisabeth Jeggle (CDU) // Christa Klaß (CDU)
Fischerei (24)	Carmen Fraga Estevez (EVP)	Struan Stevenson (ECR), Alain Cadec (EVP), Guido Milana (PASD), Carl Christoffer Haglund (ALDE)	Antonello Antonioli (UDC)	Werner Kuhn (CDU)
Kultur und Bildung (32)	Doris Pack (EVP / CDU)	Helga Tröpel (Grüne/EFA), Timo Soini (EFD), Lothar Bisky (EUL / NGL), Morten Lokkegaard (ALDE)	Marco Scurria (PdL)	Doris Pack, Sabine Verheyen (CDU) // Bernd Posselt (CSU)
Recht (25)	Klaus-Heiner Lehne (EVP / CDU)	Luigi Berlinguer (PASD), Raffaele Baldassarre (EVP), Evelyn Regner (PASD), Sebastian Valentin Bodu (EVP)	Tadeusz Zwiefka (PO)	Klaus-Peter Lehne, Rainer Wieland (CDU) // Kurt Lechner (CDU), Angelika Niebler (CSU)
Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (55)	Fernando Lopez Aguilar (PASD)	Kinga Gal (EVP), Sophia Int' Veld (ALDE), Salvatore Iacolino (EVP), Kinga Göncz (PASD)	Simon Busuttil (PN)	Renate Sommer, Axel Voss (CDU), Manfred Weber (CSU) // Rainer Wieland, Herbert Reul (CDU), Monika Hohlmeier (CSU)
Konstitutionelle Fragen (25)	Carlo Casini (EVP)	Zita Gurmai (PASD), Rafał Trzaskowski (EVP), Morten Messerschmidt (EFD), Syed Kamall (ECR)	Indigo Mendez de Vigo (PP)	Elmar Brok, Hans-Gert Pöttering (CDU)
Rechte der Frau und Gleichstellung (35)	Eva-Britt Svensson (GUE/NGL)	Livia Jaroka (EVP), Edite Estrela (PASD), Elisabeth Morin-Chartier (EVP), Barbara Matera (EVP)	Edit Bauer (SMK)	Angelika Niebler (CSU) // Doris Pack, Christa Klaß (CDU)
Petitionen (35)	Erminia Mazzoni (EFD)	Chrysoula Paliadeli (PASD), Willi Meyer (EUL/NGL), Carlos José Iturgaiz Angulo (EVP), Agnes Hankiss (EVP)	Pascale Gruny (UMP)	Peter Jahr, Rainer Wieland (CDU) // Daniel Caspary, Peter Voss (CDU)
Nicht-Ständiger Ausschuss zur Wirtschafts- und Finanzkrise	Wolf Klinz (ALDE)	*		
Nicht-Ständiger Ausschuss zur Finanzperspektive	Jutta Haug (PASD)	*		

* Zusammensetzung steht noch aus

** Stellvertreter sind kursiv aufgeführt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN
OLAF WIENTZEK

Juli 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

II) Beschreibung der Ausschüsse

Auswärtiger Ausschuss (AFET)

Vorsitzender: Gabriele Albertini (EVP, Italien)

Der voraussichtlich größte und mit am meisten öffentlicher Aufmerksamkeit bedachte Ausschuss ist der Auswärtige Ausschuss: Sein Hauptgebiet ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheits- sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dieser Ausschuss ist für die Beziehungen zu anderen EU-Organen und –Einrichtungen, internationalen Organisationen und den Beziehungen zu Drittländern besonders in der direkten Nachbarschaft zuständig. Ferner überwacht er die Verhandlungen über den Beitritt europäischer Staaten zur Union. Aufgrund der zunehmend starken Rolle der EU, aber auch das Parlaments im Bereich der EU-Außenpolitik verfügt AFET seit 2004 über zwei Unterausschüsse zu Sicherheit und Verteidigung (SEDE) sowie zu Menschenrechten (DROI).

Sicherheit und Verteidigung (SEDE)

Vorsitzender: Arnaud Danjean (EVP, Frankreich)

Der Auswärtige Ausschuss wird von einem Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung unterstützt. Diesem obliegen insbesondere Fragen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Ausschuss ist zuständig für Fragen der Abrüstung, Non-Proliferation sowie das Monitoring der ESVP-Missionen und auch des Europäischen Weltraumpolitik.

Menschenrechte (DROI)

Vorsitzende: Heidi Hautala (Grüne /EFA, Finnland)

Als zweiter Unterausschuss von AFET behandelt der Ausschuss auch Menschenrechts- und Minderheitenschutzfragen. Wie bei SEDE gab es Diskussionen, den Unterausschuss entweder zu einem permanenten Ausschuss umzuwandeln, oder aber ihn zurück in AFET einzugliedern. Zunächst einmal wird die aktuelle Regelung beibehalten.

Entwicklungshilfe (DEVE)

Vorsitzende: Eva Joly (Grüne /EFA, Frankreich)

Der Entwicklungsausschuss (DEVE) nimmt jenseits der Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der Union auch außenpolitische Zuständigkeiten wahr: Er ist für den politischen Dialog mit den Entwicklungsländern zuständig, sowie für die Wahlbeobachtungsmissionen und die Zusammenarbeit mit den meisten inter-parlamentarischen und ad-hoc Delegationen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Internationaler Handel (INTA)

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

OLAF WIENTZEK

Juli 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

Vorsitzender: Vital Moreira (PASD, Portugal)

Der dritte Ausschuss im außenpolitischen Tätigkeitsfeld, ist der Ausschuss für internationale Handel (INTA): In diesem werden die finanziellen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu Drittländern und regionalen wie internationalen Organisationen (etwa der WTO) geregelt.

Haushalt (BUDG)

Vorsitzender: Alain Lamassoure (EVP, Frankreich)

Der Haushaltausschuss ist für den mehrjährigen Finanzrahmen für die Einnahmen und Ausgaben der Union, die Haushaltsbefugnisse des Parlaments zuständig. Ferner ist er zuständig für den Haushaltsvoranschlag des Parlaments.

Haushaltskontrolle (CONT)

Vorsitzender: Luigi de Magistris (ALDE, Italien)

Der Haushaltskontrollausschuss überwacht sowohl die Ausführung des Haushaltsplans der Union sowie die Kosteneffizienz bei der Umsetzung der Politiken der Union. Er prüft auch Fälle von Betrug und Unregelmäßigkeiten bei dessen Ausführung. Folgerichtig ist er auch für alle Entlastungsbeschlüsse des Europaparlaments zuständig. Er benennt auch die Mitglieder des Europäischen Rechnungshofs.

Wirtschaft und Währung (ECON)

Vorsitzende: Sharon Bowles (ALDE, UK)

Dieser Ausschuss ist für das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion sowie des europäischen Währungs- und Finanzsystems zuständig. Ferner beschäftigt er sich mit allen Fragen des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs, des Wettbewerbs, des internationalen Währungs- und Finanzsystems sowie staatlicher oder öffentlicher Beihilfen. Überdies ist er für die Regelung und Überwachung von Finanzdienstleistungen, -institutionen und -märkten verantwortlich. Die Wahl der Vorsitzenden war dabei durchaus strittig, Sharon Bowles war in den letzten Monaten als Unterstützerin des zurückhaltenden Kurses des Binnenmarktkommissars Charly McCreevy in der Finanzkrise aufgefallen.

Beschäftigung, soziale Angelegenheiten (EMPL)

Vorsitzende: Pervenche Berès (PASD, Frankreich)

Dieser Ausschuss kümmert sich um Beschäftigungspolitik (soziale Sicherheit, sozialen Schutz, Freizügigkeit der Arbeitnehmer). Er ist ebenfalls zuständig für den sozialen Dialog,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

die Berufsausbildungspolitik sowie für den Kampf gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz (mit Ausnahme der Geschlechterdiskriminierung) zuständig.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN
OLAF WIENTZEK

Juli 2009

Umwelt, Volksgesundheit, Lebensmittelsicherheit (ENVI)

Vorsitzender: Jo Leinen (PASD, Deutschland)

www.kas.de

www.eukas.eu

Im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit ist zuständig für Umweltschutznahmen, nachhaltige Entwicklung, internationale und regionale Umweltschutzabkommen. Im Rahmen der Lebensmittelsicherheit beschäftigt sich der Ausschuss mit der Kennzeichnung von Lebensmitteln und veterinarrechtlichen Vorschriften.

Industrie, Forschung, Energie (ITRE)

Vorsitzender: Herbert Reul (EVP, Deutschland)

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ist zuständig für Industrie-, Forschungs- und Raumfahrtpolitik. Ferner kümmert sich der Ausschuss um verschiedene energiepolitische Aspekte (Ausbau transeuropäischer Netze, Energieversorgung und -effizienz). Er wird mit dem Klimaschutz und Energiepolitik und -sicherheit für zahlreiche in den nächsten Jahren vorrangige Dossiers zuständig sein.

Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Vorsitzender: Malcolm Harbour (ECR, UK)

Zu den Schwerpunkten zählt auch der Binnenmarktausschuss, da er sowohl für die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften im Bereich der Zollunion, als auch für die vier Freiheiten (mit Ausnahme der Arbeitnehmerfreiheit) und die Harmonisierung zuständig ist. Daneben obliegt ihm der Verbraucherschutz.

Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN)

Vorsitzender: Brian Simpson (PASD, UK)

Im Verkehrsausschuss werden die gemeinsamen Verkehrsvorschriften innerhalb der EU, transeuropäische Netze, die Verkehrssicherheit sowie die Beziehungen zu internationalen Verkehrsorganisationen und im Bereich des Fremdenverkehrs.

Regionale Entwicklung (REGI)

Vorsitzende: Danuta Hübner (EVP)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

OLAF WIENTZEK

Juli 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

In diesem Ausschuss wird die Zuständigkeit über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie die EU-Politiken zum wirtschaftlichen Zusammenhalt ausgeübt. Daneben werden die Strukturinstrumente der Union koordiniert sowie die interregionale Zusammenarbeit.

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)

Vorsitzender: Paolo de Castro (PASD, Italien)

Der Agrarausschuss kümmert sich zum einen um die GAP (Gemeinsame Agrarpolitik), die ländliche Entwicklung (und die entsprechenden Finanzinstrumente), die Verbesserung der Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie um die Forstwirtschaft.

Fischereiausschuss (PECH)

Vorsitzende: Carmen Fraga (EVP, Spanien)

Der Ausschuss ist für die gemeinsame Fischereipolitik zuständig, dabei unter anderem auch für die Strukturpolitik im Bereich Fischerei sowie internationale Fischereiabkommen.

Kultur und Bildung (CULT)

Vorsitzende: Doris Pack (EVP, Deutschland)

Der Ausschuss ist für die kulturellen Aspekte (Förderung sprachlicher Vielfalt, Erhalt kulturellen Erbes), die Bildungspolitik, die Jugendpolitik, die Informations- und Medienpolitik sowie die Zusammenarbeit mit Drittländern und internationale Organisationen in diesen Bereichen zuständig.

Rechtsausschuss (JURI)

Vorsitzender: Klaus-Peter Lehne (EVP, Deutschland)

Derzeit umfassen die Kompetenzen des Ausschusses unter anderem die Auslegung und Anwendung des Rechts der Union, die Anwendung des Völkerrechts, die Vereinfachung des Gemeinschaftsrechts sowie die gemeinschaftlichen Rechtsakte im Bereich Zivil- und Handelsrecht, Gesellschaftsrecht sowie die Aufbau und die Satzung des Gerichtshofs. Dieser Ausschuss ist für den Patentschutz zuständig. Neu sind die Kompetenzen betreffend der justiziellen und administrativen Zusammenarbeit in zivilrechtlichen Fragen, die vormals dem Ausschuss für bürgerliche Freiheit, Justiz und Inneres oblagen. Die Aufgabenverteilung zwischen diesem, dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie dem für konstitutionelle Fragen ist umstritten und könnte innerhalb der Legislaturperiode geändert werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

OLAF WIENTZEK

Juli 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

Vorsitzender: Fernando Lopez Aguilar (PASD, Spanien)

Der Ausschuss ist für den Schutz der in der Grundrechtecharta verankerten Bürgerrechte, Menschenrechte und Grundrecht, den Kampf gegen Diskriminierung (außer am Arbeitsplatz), Datenschutz, sowie den Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (insbesondere im Bereich Asyl und Zuwanderung, Verwaltung der Außengrenzen sowie polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen). Dieser Ausschuss kann darüber hinaus eine schwerwiegende Verletzung der gemeinsamen Grundsätze durch einen Mitgliedstaat feststellen.

Konstitutionelle Fragen (AFCO)

Vorsitzender: Carlo Casini (EVP, Italien)

Die institutionellen Aspekte des Integrationsprozesses, die institutionellen Folgen der Erweiterungsverhandlungen der Union, das einheitliche Wahlverfahren, die interinstitutionellen Beziehungen sowie die Auslegung und Anwendung der Geschäftsordnung gehören zum Kompetenzbereich des Ausschusses für konstitutionelle Fragen.

Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)

Vorsitzende: Eva-Britt Svensson (GUE / NGL, Schweden)

Der Gleichstellungsausschuss kümmert sich um die Förderung der Frauenrechte in der Union sowie in den Drittländern. Daneben obliegt ihm die Politik der Chancengleichheit in allen Politikbereichen sowie der Gleichstellungspolitik am Arbeitsplatz. Der Ausschuss ist auch für Umsetzung internationaler Abkommen in diesen Bereichen zuständig. FEMM ist ein neutralisierter Ausschuss

Petitionsausschuss (PETI)

Vorsitzende: Erminia Mazzoni (EFD, Italien)

Der Petitionsausschuss ist zuständig für Petitionen und die Beziehungen zur Europäischen Bürgerbeauftragten. PETI gehört zu den vier neutralisierten Ausschüssen.

Nichtständiger Ausschuss Wirtschafts- und Finanzkrise

Vorsitzende: voraussichtlich Wolf Klinz (ALDE, Deutschland)

Es wird zudem ein nicht-ständiger Ausschuss zur Wirtschafts- und Finanzkrise eingerichtet, der die Krise, ihre Ursachen und Konsequenzen analysiert sowie Vorschläge für eine koordinierte europäische Strategie zu deren Bewältigung vorlegen soll.

III) Kurzvita des Parlamentspräsidenten**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. PETER R. WEILEMANN

OLAF WIENTZEK

Juli 2009www.kas.dewww.eukas.eu**Professor Jerzy Buzek**

1940	geboren in Slimowice (Teschiner Schlesien, heute Tschechische Republik)
1957-1963	Studium an der Schlesischen Technischen Universität in Gleiwitz
1969	Erlangung der Doktorwürde
1971-1972	Forschungsaufenthalt in Cambridge
1980	Beitritt zur Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc
1981	Vorsitzender des Solidarnosc-Kongresses
1981-1989	Tätigkeit für Solidarnosc im Untergrund, Pseudonym: Karol
1992-1997	Vertreter Polens bei der Internationalen Energieagentur
1997-2001	Ministerpräsident der Republik Polen an der Spitze eines AWS-UW-Bündnisses und einer AWS-Minderheitsregierung.
2002-2004	Vize-Rektor der Universität Tschenstochau
Seit 2004	Mitglied des Europaparlaments (gewählt in der Wojewodschaft Dolnoslaskie (Niederschlesien))

Privates: verheiratet mit Ludgarda Buzek, eine Tochter

Konfession: evangelisch (augsburgisch- lutherisches Bekenntnis)

Professor Buzek legte in seiner Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament eine besondere Betonung auf die Themen Energie, Klima, östliche Partnerschaft, aber auch Menschenrechte. Alle diese Prioritäten lassen sich aus seinem Lebenslauf ableiten:

Zum einen ist Buzek ein ausgebildeter Naturwissenschaftler und hatte sich in Zeiten ohne politisches Amt stets im Bereich der Forschung (über 200 Paper und Patente) betätigt oder hatte Lehraufträge an zahlreichen polnischen und internationalen Universitäten wahr genommen. Zum anderen dürfte ihm das Thema Klima auch aufgrund seiner Tätigkeit bei der Internationalen Energieagentur im Programm Treibhausgase nahe liegen. Darüber hinaus begründete er 1997 das polnisch-deutsche wissenschaftliche Netzwerk für Energie und Umweltschutz (INCREASE) mit. Dieses Thema hat er auch in seiner Tätigkeit als Vize-Präsident des Europäischen Energieforschungsverbundes (seit 2004) weiterverfolgt. Während seiner Tätigkeit im Ausschuss für Energie, Industrie und Forschung im EP war er der Berichterstatter für das siebte Rahmenprogramm für Forschung und Innovation.

Überzeugend ist sein Versprechen, die Menschenrechte während seiner Präsidentschaft zu einem wichtigen Thema zu machen auch durch seine eigene Vergangenheit: Er war sowohl offiziell als auch später im Untergrund für die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc tätig, war mehrfach Vorsitzender bei Solidarnosc-Kongressen, und eine entscheidende Persönlichkeit bei der Aufrechterhaltung des Solidarnosc-Netzwerks im oberschlesischen Industrievier während des Verbots der Organisation.

In seiner Funktion als Parlamentspräsident wird er häufig auch als Mittler wirken müssen: Neben seiner Beliebtheit über nationale und Fraktionsgrenzen im Europäischen Parlament hinaus wird ihm dabei seine Erfahrung als polnischer Premierminister zwischen 1997 und 2001 zu gute kommen. Damals hatte er an der Spitze des aus unterschiedlichsten Strömungen bestehenden Mitte-Rechts Wahlbündnisses AWS in Koalition mit der liberalen UW mit zahlreichen Reformen die entscheidenden Weichen für den EU-Beitritt und den NATO-Beitritt Polens gestellt.